

## Woher die AHV-Milliarden kommen sollen

**Schweiz** Für die Finanzierung der ausgebauten Altersvorsorge kursieren mehrere Vorschläge. Die Übersicht.

Die 13. AHV-Rente kostet ab 2026 rund 4 Milliarden Franken pro Jahr. Die Kosten steigen bis 2030 auf 5 Milliarden. Zusätzlich muss der Bund jährlich weitere 800 Millionen bis 1 Milliarde Franken an die AHV zahlen.

Das sind die Vorschläge, wie der Rentenausbau finanziert werden soll:

### ■ Höhere Lohnabgaben

Die Gewerkschaften befürworten zur langfristigen Finanzierung der 13. AHV-Rente eine Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,8 Prozentpunkte, je hälftig verteilt auf Arbeitnehmende und Arbeitgeber. So viel wäre nötig, um die Mehrkosten von 5 Milliarden zu decken. Bei einem Monatslohn von 5000 Franken würde das für Arbeitnehmende einen zusätzlichen Lohnabzug von 20 Franken bedeuten, den gleichen Betrag müssten Arbeitgeber zahlen.

Die Finanzierung über Lohnprozente hat den Vorteil, dass hohe Einkommen viel mehr zur Finanzierung beitragen als Geringverdiener. Zudem braucht es nur eine Gesetzesänderung, die Umsetzung wäre also relativ rasch möglich.

### ■ Erhöhung der Mehrwertsteuer

Als Quelle für Mehreinnahmen diene der AHV bereits in der Vergangenheit die Mehrwertsteuer. So wurde auf Anfang 2024 die Steuer um 0,4 Prozentpunkte angehoben, was dem Sozialwerk jährliche Zusatzeinnahmen von 1,3 Milliarden bringt. Um die 13. AHV-Rente zu finanzieren, müsste die Mehrwertsteuer um etwa 1,5 Prozentpunkte erhöht werden.

Diese Massnahme hat den Nachteil, dass sie Menschen mit tiefen Einkommen stärker belastet als besser Verdienende. Zudem braucht es für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer neben dem Volks- auch das Ständemehr, die Hürde ist also höher als bei Lohnprozente.

### ■ Eine neue Finanzmarktsteuer

Mitte-Ständerat Beat Rieder regt eine Zusatzfinanzierung der AHV

durch eine neue Finanzmarkttransaktionssteuer an. Mit einer solchen würden beispielsweise der börsliche und der ausserbörsliche Handel mit Aktien und Obligationen mit einer geringen Abgabe besteuert. Der Bundesrat wurde vom Parlament verpflichtet, einen Bericht zur Realisierbarkeit einer solchen Steuer vorzulegen.

Das Problem dieser neuen Steuer nennt Rieder in seinem Vorstoss gleich selber. Die Schweiz kann eine solche Steuer wohl nur koordiniert mit anderen Ländern einführen. Denn die Kapitalmärkte agieren international, und die Einführung einer solchen Steuer durch einzelne Länder könnte zu einer Verlagerung der Aktivitäten in andere Länder führen. Eine solche Steuer dient also kaum zur kurzfristigen Finanzierung der 13. AHV-Rente.

### ■ Höheres Rentenalter

Mit einer Erhöhung des Rentenalters würde die AHV finanziell entlastet. Eine generelle Anhebung um ein Jahr auf 66 Jahre würde die AHV um rund 2 Milliarden Franken entlasten, also knapp die Hälfte der Kosten der 13. AHV-Rente decken. Allerdings kommt nach der wuchtigen Ablehnung der Renteninitiative kurzfristig eine solche Massnahme kaum infrage.

### ■ Erbschaftsteuer

Möglich wäre auch die Einführung einer nationalen Erbschaftsteuer zur Finanzierung. Allerdings wurde 2015 eine entsprechende Volksinitiative zur Besteuerung von Millionen-Erbschaften zugunsten der AHV mit über 70 Prozent abgelehnt.

### ■ Einsparungen bei Auslandhilfe

Die SVP will die Mehrkosten für die 13. AHV-Rente ohne zusätzliche Einnahmen decken. Sie führt die Ausgaben für Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge an sowie jene für die Entwicklungshilfe. Diese Ausgaben seien nun entsprechend zu kürzen.

Markus Brotschi



Die 13. AHV-Rente wird den Bund ab 2026 mehrere Milliarden Franken pro Jahr kosten. Foto: Seraina Boner

# Das «Ende einer Ära» – jetzt

**Stimmvolk sagt Ja zur 13. Rente** Erstmals stimmt das Volk einer linken Volksinitiative zum Ausbau der Altersvorsorge zu. Im Juni steht bereits die nächste wegweisende Abstimmung an.

Markus Häfliger

Pierre-Yves Maillard kommt auf den letzten Drücker. Kurz vor 12 Uhr trifft der Präsident des Gewerkschaftsbunds im Hotel Bern ein, wo die Befürworter der 13. AHV-Rente gebannt auf die ersten Resultate warten. Doch Maillard weiss bereits: Er hat gewonnen. Seine Siegesgewissheit schöpft Maillard aus dem Aargau. Schon vor 11 Uhr haben dort einige Kleingemeinden – obwohl das eigentlich verboten ist – ihre Abstimmungsergebnisse veröffentlicht. Beispiel Oberkulm: Das 2400-Seelen-Dorf im Wynental ist eine der konservativsten Ecken der Schweiz, über 50 Prozent wählen hier SVP, und jetzt sagt Oberkulm mit fast 60 Prozent Ja zu einer linken Volksinitiative. Oberkulm ist das Fanal für die 13. AHV-Rente.

Trotzdem gibt sich Maillard vorsichtig. «Sollen wir schon die Arme hochreissen?», fragt er einen Gewerkschaftsfunktionär, als er sich vor einem TV-Bildschirm positioniert, auf dem um 12 Uhr die erste Trendrechnung erscheinen soll. Neben Maillard hat sich die ganze linke Prominenz für die Fotografen aufgereiht, alle wollen auf den Pressebildern sein mit der Jubelpose, SP-Co-Fraktionschefin Samira Marti faltet die Hände, wie zu einem Gebet.

Dann erscheint am Bildschirm die erste Trendrechnung: 54 Prozent für die 13. AHV-Rente! Pierre-Yves Maillard reisst seine Arme nicht hoch, sie werden ihm hochgerissen wie von einer unsichtbaren Kraft. Ein paar Sekunden lang scheint er mit den Tränen zu kämpfen, dann hat er sich wieder gefasst. Er fällt Unia-Chefin Vania Alleva um den Hals, er fällt SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer um den Hals.

### Erstmaliger Ausbau der AHV

Damit tritt an diesem 3. März 2024 das ein, was der Politgeograf Michael Hermann in der «Sonntags-Zeitung» als «Ende einer Ära» bezeichnet hatte, das «Ende des liberalen Sonderwegs der Schweiz». Was Hermann mit diesen Superlativen meint: Nie zuvor hat das Stimmvolk einer solchen Volksinitiative zugestimmt.

Zwar hat das Volk schon früher Volksinitiativen von links angenommen, aber fast ausschliesslich im Umweltschutzbereich. Noch nie fand eine Volksinitiative für den Ausbau des Sozialstaats Zustimmung. Bereits ab übernächstem Jahr, 2026, wird die 13. Rente an 2,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner ausbezahlt. Bis zum Abend steigt der Ja-Stimmen-Anteil noch an – auf 58,2 Prozent. 15 von 23 Ständen nehmen die Initiative an. Die Hürde des Ständemehrs nimmt das linke Volksbegehren spielend.

### Der Erfinder der 13. AHV

«Wir erleben einen historischen Moment», sagt Maillard, als er sich an seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter richtet. Doch dieser Moment sei nicht sein Verdienst. «Die wahren Väter» dieses Sieges seien sein Amtsvorgänger Paul Rechsteiner und Daniel Lampart, der Chefökonom des Gewerkschaftsbundes.

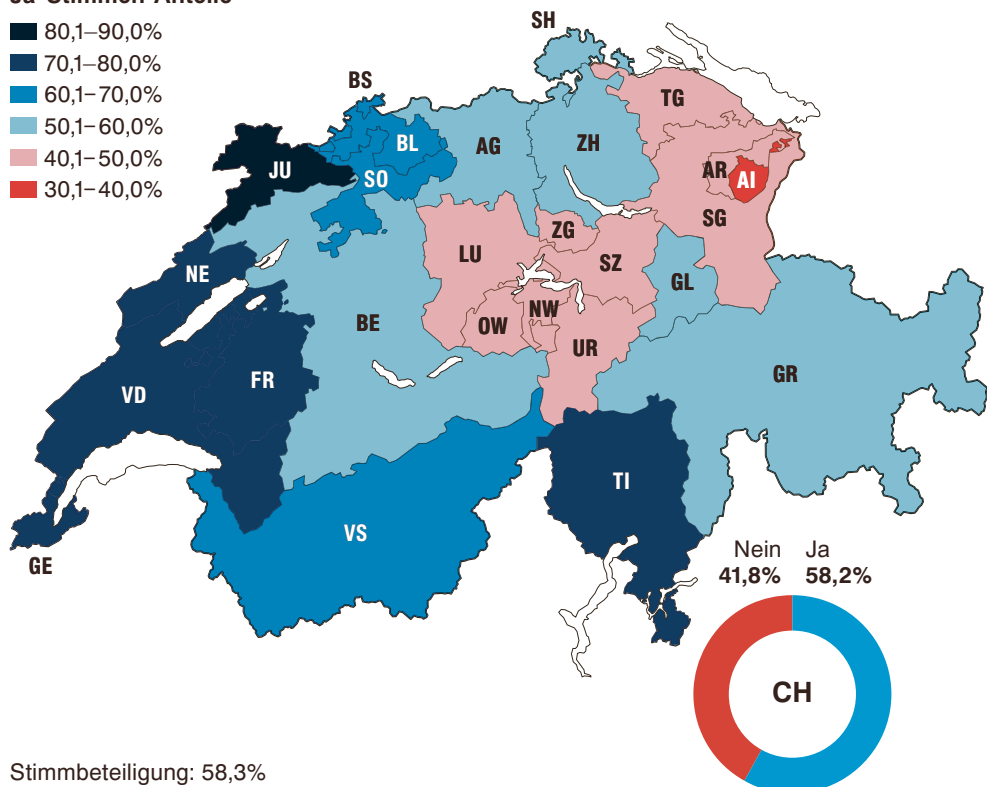


Historischer Sieg: Die SP-Frauen Samira Marti und Mattea Meyer, Unia-Chefin Vania Alleva und Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner stehen etwas abseits an einem Stehtischchen. Er zeigt auf seinem Handy das Foto eines Interviews, das er dem «Blick» im Jahr 2002 gegeben hatte. Die über zwanzig Jahre alte Schlagzeile lautet: «Die 13. AHV-Rente muss her!» Dieses Interview ist die Geburtsstunde dieses Abstimmungssiegs. Doch zunächst schien nicht einmal Rechsteiner an seine Idee zu glauben. Erst dem allerletzten SGB-Kongress, den er 2018 als Präsident leitete, rang Rechsteiner den Grundsatzentscheid für eine Volksinitiative für eine 13. Rente ab. Selbst intern waren die Be-

### 13. AHV-Rente: 16 Kantone sagen Ja

#### Ja-Stimmen-Anteile

- 80,1–90,0%
- 70,1–80,0%
- 60,1–70,0%
- 50,1–60,0%
- 40,1–50,0%
- 30,1–40,0%



Stimmeteiligung: 58,3%  
Grafik: db, mru / Quelle: BFS